

Zwei Jahre Rot-Grün – kritische Anmerkungen zur Halbzeit

Deutschland hätte eine bessere Regierung verdient!

Friedrich Merz

„Wir wollen nicht alles anders, aber vieles besser machen“ – das war einer der Kernsätze, mit denen die Regierung Schröder 1998 angetreten war. Eine schöne Medienrhetorik, aber die Wirklichkeit nach zwei Jahren rot-grüner Politik sieht anders aus. Das erste Jahr war ein verlorenes Jahr: voller Pleiten und Pannen, eine Politik ohne Konzepte. Aber auch das zweite war ein verlorenes Jahr, weil rot-grüne Politik gekennzeichnet war von Ungerechtigkeit, Beliebigkeit und Unzuverlässigkeit vor allem in der Gesundheits-, Arbeitsmarkt- und Rentenpolitik. Und auch bei dem, was in die richtige Richtung wies, waren Unsystematik sowie gravierende handwerkliche Fehler zu verzeichnen.

Es wird immer deutlicher: Schröder geht es um den kurzfristigen Erfolg für Zeitungen und für das Fernsehen, nicht um Politik aus Wertehaltungen und solidem Ordnungsgedanken. Das konnte man sehen bei dem Einsatz des Bundeskanzlers bei Philipp Holzmann. Hier ließ er sich als Retter des Unternehmens und der Arbeitnehmer feiern und konnte so auf dem SPD-Parteitag im Dezember 1999 glänzen. Aber in Wirklichkeit sind dem Bundeskanzler die Schicksale der Arbeitnehmer dieses Unternehmens ziemlich gleichgültig. Weder hat, wie voll-

mundig von ihm verkündet, die EU-Kommission eine Genehmigung für die Holzmann-Subvention erteilt, noch ist eine zustimmungsfähige, tarifrechtlich einwandfreie Regelung für die Arbeitnehmer erreicht worden. Rund 4000 Unternehmen mit 50 000 Arbeitsplätzen haben im Bauhauptgewerbe seitdem Konkurs angemeldet. Bei keinem dieser klein- und mittelständischen Betriebe war der Bundeskanzler zu sehen gewesen. Sozial ist es jedenfalls nicht, wenn derjenige Hilfe aus öffentlichen Budgets bekommt, der am lautesten schreit und auf seine Größe verweist.

Dem ordnungspolitischen Sündenfall folgte der parlamentarische Sündenfall: An allen Regeln eines geordneten Gesetzgebungsverfahrens vorbei, unter grober Verletzung des Budgetrechts des Parlaments und durch Zusagen über den zukünftigen Inhalt des Finanzausgleichs und das so genannte Maßstäbengesetz, die die Bundesregierung gar nicht hätte abgeben dürfen, wurde das Vermittlungsverfahren zur Steuerreform durchgedrückt. Der ehemalige Verfassungsrichter Paul Kirchhof hat zu diesem aus reinem Machtkalkül betriebenen Verfall parlamentarischer Sitten und Verfahren zu Recht bemerkt: „Wenn dieses Beispiel Schule macht, ist dieser Staat reform-

unfähig.“ Unser Land braucht Reformen, um den weltweiten, europäischen und nationalen Veränderungen Rechnung zu tragen. Wenn sich alles wandelt, dann muss sich auch Deutschland wandeln:

- Weltumspannende Märkte und globalisierter Wettbewerb im Umbruch von „alter“ zu „neuer“ Ökonomie,
- das Entstehen einer weltweiten Informations- und Wissensgesellschaft,
- die neuen Technologien und Produktionsverfahren, die die Arbeitswelt revolutionieren und neue Unternehmerkulturen hervorbringen,
- Individualismus, Wertewandel und neue Beteiligungsweisen als Zeichen einer sich verändernden Bürgergesellschaft,
- dazu die aktuelle Dynamik in der Wirtschaftsentwicklung

All dies ist mit den alten Denkhaltungen und Lösungsmustern auf die Probleme von gestern nicht mehr zu bewältigen. Noch immer scheint das die sozialdemokratisch geführte Bundesregierung nicht richtig begriffen zu haben, im Gegenteil, der anfängliche Modernisierungswille ist schnell in selbst gebauten Blockaden, ideologischen Problemwahrnehmungen, zentralistischen Lösungsversuchen und einem oberflächlichen Pragmatismus versandet. Eine der schlimmsten Fehlentwicklungen rot-grüner Politik ist, dass Schröder die Reformschritte der Regierung Kohl und damit ein Stück Erneuerung zurückgenommen hat, anstatt sie weiterzuentwickeln. Er hat den Wählern zwar eine innovative Politik versprochen; wer stattdessen nur den Anschein erweckt, als würde er Reformen einleiten und eine Politik zur Bewältigung der großen Herausforderungen durchführen, der täuscht letztlich die Bürger, der lähmt den Aufbruchgeist, der erstickt den Reformwillen. Schröders Politik ist eine

„Gaukler“-Politik, die das Land in trügerischer Sicherheit wiegt, anstatt die aufbruchbereiten Kräfte in unserer Gesellschaft zu unterstützen und tatsächliche Reformen zu wagen. Gerade darum geht es. Aber das setzt voraus, dass Schröder zugibt, dass er sich mit seinem alten Denken geirrt hat, und nun beginnt, mutig Reformen anzupacken. Das setzt ebenso voraus, dass er seiner Verwechslung von Medieninszenierungen mit substanzierter Politik ein Ende bereitet. Aber sachliche Einwände und berechtigte Kritik scheinen Schröder als „Krisenmanager“ – so möchte er ja erscheinen – nicht zu interessieren. So kommt es zu einer Politik ohne System, Grundsatz und Perspektive, einer Politik, die Große bevorzugt und Kleine benachteiligt, einer Politik, bei der, um ein Loch zu stopfen, das nächste aufgerissen wird. Nicht umsonst wird er im Volksmund der „Ankündigungskanzler“ genannt. Bei der Ankündigung von „des Kaisers neuen Kleidern“ sehen jetzt aber immer mehr Bürger: Der Kaiser ist in Wirklichkeit nackt.

Eine Politik ohne Fundament und Grundsatz liefert sich den Wendungen und Windungen der Tagesaktualität und jeweiliger Medienberichterstattung aus, es ist eine Ad-hoc-Politik ohne wirkliche Führung. Kluge Politik und eine entsprechende Führung kann aber nur der richtig betreiben, der über Grundwerte und Grundsätze verfügt – und für den die Belange unseres Gemeinwesens eine Herzensangelegenheit sind. Ein solch deutlicher Patriotismus, der Vernunft und Gefühl gleichermaßen anspricht, würde den Bürgern unseres Landes gut tun. Es kommt ja nicht von ungefähr, dass die Bundesregierung die Darstellung ihrer Tätigkeit blutleer mit „Geschäftsbericht“ bezeichnet. Aber es gibt keine „Deutschland-AG“ – wer ein vielschichtiges,

Deutschland hätte eine bessere Regierung verdient!

auf historischen Traditionen, nationaler Identität und demokratischer Legitimität aufbauendes bürgerschaftliches Gemeinwesen mit einem Wirtschaftsunternehmen verwechselt, der kann keine Politik für die Menschen machen, da er wesentliche Dimensionen menschlichen Zusammenlebens und politischer Gestaltung unterschlägt. Nebenbei ist dies auch eine überraschende Verleugnung sozialdemokratischer Traditionen durch einen sozialdemokratischen Bundeskanzler.

Hinzu kommt, dass die gedruckte schönfärbische Tätigkeitsbilanz der Regierung mit dem nun wirklich unzutreffenden Titel „Deutschland erneuern“ versehen ist. Faktisch ist das Gegenteil der Fall. Im Folgenden soll das an fünf zentralen Politikfeldern erläutert werden: Es geht exemplarisch um die Bereiche Neue Länder, Umweltschutz und Energie, Rente und Soziales, Wirtschaft und Steuern, Europa.

Politik für die neuen Länder

Aufbau Ost – das hat Bundeskanzler Schröder zur „Chefsache“ erklärt. Wer aber glaubte, daraus entstünde ein umfassendes Engagement für die fünf neuen Bundesländer, der sah sich getäuscht. Statt Chefsache sind die weitere Verbesserung der Chancen der Ostdeutschen, die Arbeit an der Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse und das weitere Zusammenwachsen nach den Jahrzehnten der Teilung eine Nebensache geworden. Wichtige Investitionen sind gekürzt oder gestrichen worden – von den Mitteln für Pflegeeinrichtungen über die für Forschung und Entwicklung bis hin zu den Förderungen zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur. Die für die Förderung von Unternehmensansiedlungen und für den Fernverkehr gleichermaßen

wichtige ICE-Strecke Nürnberg–Erfurt–Berlin fiel dem Rotstift zum Opfer. Im Haushalt 2000 stehen rund drei Milliarden D-Mark weniger für Strukturanpassungsmaßnahmen zur Verfügung. Auf dem Arbeitsmarkt in den fünf neuen Bundesländern sind keine Fortschritte zu verzeichnen. Es gab auch kein Kanzlerengagement für den Standort Rostock-Laage, als es um die neue Fertigungsstätte des Großraum-Airbus ging. Bei anderen Großprojekten ist ähnlicher Nichteinsatz zu erwarten. Stattdessen gab es eine Kanzler-Jubelreise, die eine Reise in ein ihm unbekanntes Land war. Das ist allerdings kein Wunder bei einem Kanzler, der mit der Wiedervereinigung nichts anfangen konnte und der dem Vertrag zur Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion nicht zugestimmt hat.

1990 waren laut der Forschungsgruppe Wahlen 83 Prozent der Westdeutschen (1999: 88 Prozent) und achtzig Prozent der Ostdeutschen (1999: neunzig Prozent) für die Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten. Führende Sozialdemokraten, darunter der heutige Bundeskanzler, hätten stärker auf die Menschen im Land hören sollen. Stattdessen hatten sie sich vor allem in den achtziger Jahren Stück für Stück von dem in der Präambel des Grundgesetzes verankerten Gebot der Wiedervereinigung entfemt. Man kam den Geraer Forderungen von Honecker ziemlich nahe. Viele prominente Sozialdemokraten hatten nicht deutschlandpolitische Visionen, sondern Illusionen hinsichtlich der totalitären SED-Diktatur. Es ist daran zu erinnern, dass sich SPD-geführte Bundesländer von der Finanzierung der Erfassungsstelle Salzgitter, die das DDR-Unrecht dokumentierte, zurückzogen. Dazu gehört auch, dass man bei der SPD statt von einer SED-Diktatur immer mehr von dem „anderen System“ redete

und so den fundamentalen Unterschied zwischen Demokratie und totalitärer Herrschaft zu verwischen begann. Das Beharren auf einer nationalen Identität wurde als Nationalismus verunglimpft. Und nicht zuletzt zählt dazu der große Irrtum, gemäß der Bahr-Konzeption Frieden über Freiheit zu stellen, anstatt ein gegenseitiges Verwiesensein dieser Grundwerte anzuerkennen. Die Folge wardann unter anderem ein SPD-SED-Papier von 1987, das weder den Geist der Freiheit atmete noch der deutschen Wiedervereinigung einen angemessenen Raum ließ. Es kam nicht von ungefähr, dass manche führende Sozialdemokraten den Freiheitswillen der Menschen in der DDR nicht verstanden haben.

Es hat lange gedauert, bis die anfänglich wie *underdogs* behandelte SDP anerkannt wurde – zu sehr hatte man sich auf die SED-Machthaber eingelassen. Nicht die Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit war die „Lebenslüge“, sondern die Aufgabe dieses Zieles. 1989 ist deshalb ein Trauma der SPD. Es stünde den Vertretern der Sozialdemokratie gut an, sich nach all diesen Fehleinschätzungen nun besonders intensiv um das Vorankommen der fünf neuen Bundesländer zu kümmern und die Menschen spüren zu lassen, dass man sich wirklich um sie sorgt und nicht als Staffage für den eigenen Medienauftritt benutzt.

Energie- und Umweltpolitik

Gerade unter Rot-Grün ist die Klima- und Umweltschutzpolitik unter die Räder geraten. Natur- und Artenschutz, die Weiterentwicklung des ordnungspolitischen Umweltrahmens (zum Beispiel bei den „Technischen Anleitungen“), die Weiterentwicklung der Abfallpolitik und der Klimapolitik sind selbst nach dem Urteil der großen Na-

turschutz- und Umweltverbände nur mit mangelhaft zu bezeichnen.

Mit der Ökosteuer wurde zudem unter falscher Flagge ein neues Abkassiermodell für die Bürger geschaffen. Bürger und Unternehmen werden durch diese Steuer bis zum Jahr 2003 mit rund 130 Milliarden D-Mark belastet. Bundeskanzler Schröder hatte noch im Wahlkampf versprochen, es gebe nur eine einmalige Erhöhung um sechs Pfennig. Nach der Wahl ist dann daraus eine fünfmalige Erhöhung plus Mehrwertsteuer geworden. Die Ökosteuer ist weder „öko“ noch steuerlich logisch. Während Großverbraucher mit Sonderregelungen aus der Besteuerung herausgenommen werden, haben Handwerk, Mittelstand und Normalbürger, die viel weniger Energiesparen können (unelastische Nachfrage), eine überdurchschnittliche Belastung zu tragen. Die Ökosteuer ist auch nicht sozial: Eine normale Arbeitnehmerfamilie spart im Jahr 2000 mit den heruntersubventionierten Sozialbeiträgen allenfalls rund 300 D-Mark; im selben Zeitraum gibt ein durchschnittlicher Arbeitnehmerhaushalt wegen der hohen Energiekosten mindestens tausend D-Mark mehr aus. Besonders betroffen sind nicht zuletzt Bürger mit geringem Einkommen. Die Ökosteuer von Rot-Grün wirkt kontraproduktiv.

Die ursprüngliche Idee, Energie schrittweise zu verteuern, um zu einem sparsamen Verbrauch anzuregen, und in alternative Techniken zu investieren, war dabei nicht falsch. Dafür ist auch die CDU eingetreten, allerdings in einem strikt europäischen Verbund, um Wettbewerbsverzerrungen zu vermeiden. Hinzuweisen ist dabei darauf, dass die Gedanken einer Energieumbesteuerung Anfang der neunziger Jahre sich auf ein damaliges Preisniveau bezogen, das heute weit übertroffen

Deutschland hätte eine bessere Regierung verdient!

wird. In einer Situation, wo faktisch der Markt über seine Preise bereits die angestrebte Lenkungswirkung erzeugt, ist es schädlich, wenn der Staat dann noch zusätzlich den Energiepreis hochtreibt. Genau das aber geschieht mit der jährlichen Preiserhöhung durch die Ökosteuern. Damit entlarvt sich die Ökosteuern als das, was sie tatsächlich ist: eine zusätzliche Steuer zu einer sowieso schon hohen Abgabenlast der Bürger.

Hinzu kommt, dass die Koppelung der Ökosteuern an das Rentensystem sich als völlig unsinnig erwiesen hat. Die Stabilisierung des Rentenbeitragsatzes ist volkswirtschaftlich ebenso anzustreben wie eine vernünftige Energie- und Umweltpolitik. Aber Reformen müssen in den jeweiligen Bereichen selbst gefunden werden, anstatt eine schädliche Verkopplung vorzunehmen. So sitzt die Regierung jetzt in der selbst gebauten Öko-Steuerfalle. Tanken für die Rente, das war von Anfang an falsch. Außerdem fließt das abkassierte Geld noch nicht einmal vollständig in die Rentenversicherung, von einer umfassenden und sachgerechten Förderung alternativer Energiequellen ganz zu schweigen, sondern ein erheblicher Teil davon fließt in den Bundeshaushalt. So erweist sich die Ökosteuern als K.-o.-Steuer für Familien und Pendler, für Arbeitsplätze und Unternehmen, für Busse und Bahn. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat deswegen dem Deutschen Bundestag einen Gesetzentwurf zur Abschaffung der schädlichen Ökosteuern vorgelegt. Das ist die beste Lösung – anstatt weiterer Herumdoktereien an den Symptomen.

Mit dem Ausstieg aus der Atomenergie hat die rot-grüne Bundesregierung den energiepolitischen Konsens verlassen und sich auf einen riskanten Weg begeben. Denn nach wie vor ist die friedliche Nutzung von Atom-

energie aus mindestens drei Gründen notwendig:

Erstens erzeugt sie die bei weitem kostengünstigste Energie im Grundlastbereich. *Zweitens* besteht spätestens seit der Ölkrise Anfang der siebziger Jahre die Einsicht, dass man sich als rohstoffarmes Land nicht von einer Energiequelle abhängig machen darf, sondern zur Sicherung der Energie auf eine breite Diversifikation setzen muss – Atomstrom gehört notwendigerweise dazu. Und *drittens* hat sich Deutschland zusammen mit anderen Staaten auf der Konferenz von Rio sowie auf den Nachfolgekonferenzen zur Reduzierung der Kohlendioxidmenge verständigt. Man kann dieses Umweltziel nicht erreichen, wenn man aus der die Luft nicht belastenden Atomenergie aussteigt und stattdessen die schadstoffreiche Erzeugung von Energie durch fossile Verbrennung bevorzugt. All diese Argumente spielten bei Rot-Grün keine Rolle, ein Zeichen dafür, dass die Ausstiegspolitik aus rein ideologischen Gründen angegangen wurde.

Es ist zudem ein Treppenwitz der Geschichte, dass mit dem Ausstiegsbeschluss von Rot-Grün die sichersten Kernkraftwerke der Welt abgeschaltet werden. Die Stromkonzerne kaufen nun Atomstrom aus Kraftwerken, die nicht über einen solchen Sicherheitsstandard verfügen. Der umgekehrte Weg wäre richtig gewesen: der Export deutscher Sicherheitstechnik! Denn die deutschen Atomkraftwerke führen in puncto Erzeugung und Sicherheit die internationale Bilanz an erster Stelle an. Wenn jetzt bereits deutsche Wissenschaftler und Techniker mit ihrem enormen Sachverstand und Praxiswissen abzuwandern beginnen, ist dies ein wichtiges Alarmsignal für den Wirtschaftsstandort Deutschland.

Im Übrigen zählt zur Generationengerechtigkeit nicht nur ein fairer Ausgleich der Be-

lastungen, die sich aus der demographischen Entwicklung ergeben (insbesondere im Rentensystem), sondern auch, der kommenden Generation alles Verfügbare an Wissen und Techniken zu überantworten, um Weiterentwicklungen zu ermöglichen. Dazu gehört auch die Atomtechnik zur Energieerzeugung. Wer nur die Folgelasten der Atomwirtschaft sieht, hat eine einseitige Perspektive. Wir können nämlich jetzt noch gar nicht wissen, wohin die Atomtechnik sich einmal entwickeln wird.

Renten- und Sozialpolitik

Dass die unter Schröder erreichte überdimensionierte Abgabenbelastung für den Bürger höchst unsozial ist, das kann man schon bei Ludwig Erhard nachlesen – einer Lektüre, die der amtierende Bundeskanzler bis jetzt versäumt hat. Inzwischen hat sich die Bundesregierung klammheimlich von dem Versprechen gelöst, die Sozialversicherungsbeiträge unter vierzig Prozent zu senken, trotz der Milliarden erträge aus der Ökosteuer. Verfolgt wird eine Politik der finanziellen Entlastung des Bundes auf Kosten sozial Schwächerer – ohne dass die Fragen des Wandels in der Erwerbsgesellschaft und der Eingliederung Arbeitsloser in den Arbeitsmarkt systematisch angepackt werden. Streichen ohne sinnvolles Konzept: Milliardenbeträge werden vom Bund hin zu den Sozialversicherungen sowie zu den Ländern und Kommunen verschoben. Die Regierung Schröder spart zudem im Bundeshaushalt zu Lasten der Arbeitslosen, Sozialhilfeempfänger und Bezieher niedriger Einkommen. Mit der Streichung der originären Arbeitslosenhilfe werden deren Empfänger nun zu Sozialhilfeempfängern. Das groß angekündigte Jugendförderungsprogramm „jump“ erwies sich als teures Stroh-

feuer, die Ausgaben im Zivildienst werden um rund 900 Millionen D-Mark gekürzt, der soziale Wohnungsbau Stück für Stück abgebaut, das neue Wohngeld bleibt hinter der Mietentwicklung zurück, die Eigentumsförderung wurde beschnitten – so sieht sozialdemokratische und grüne Sozialpolitik aus. Auch in der Gesundheitspolitik wurden notwendige Reformen glatt verweigert – kein grundlegendes Problem der Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung wurde gelöst. Zu konstatieren ist eine zunehmende Bürokratisierung. Der Versuch, über Globalbudgetierungen die Kosten sinnvoll zu steuern, ist fehlgeschlagen. Rationierung, Gängelung, Qualitätseinbußen und letztlich das Zusteuern auf eine Zwei-Klassen-Medizin sind die Folge, wenn man wie Rot-Grün einen zentralistischen gesundheitspolitischen Ansatz verfolgt, anstatt auf sozialpolitische Ordnungspolitik, auf Transparenz, Anreize, Wahl und mehr Möglichkeiten für die Eigengestaltung zu setzen.

Am schlimmsten aber wurde die konzeptionslose rot-grüne Durchwurstelei im Bereich der Rentenpolitik. Im Wahlkampf hatte Schröder wider besseres Wissen weiter steigende Renten ohne Erhöhung der Rentenbeiträge versprochen. Zu Beginn der Regierungszeit hatte die rot-grüne Koalition die Rentenreform der alten Koalition mit dem neuen demographischen Faktor – zuvor als „unanständig“ gebrandmarkt – abgeschafft. Von den Wahlkampflügen, den unseriösen Versprechungen und der Rücknahme der bereits damals notwendigen, richtigen und auch im Verhältnis der Belastung von Jung und Alt gerechten Rentenreform der Vorgängerregierung haben sich Schröder und Rot-Grün bis heute nicht erholt. Um nicht zugeben zu müssen, dass Rentner und Beitragszahler belogen wurden, war die Folge eine verzweifelte Flick-

Deutschland hätte eine bessere Regierung verdient!

schusterei im Rentensystem, bei der nicht haltbare, unseriöse Behauptungen einander folgten: Rentenbetrug Nummer 1: Eine Rentenreform ist nicht nötig. Rentenbetrug Nummer 2: Die Rente wird auch in Zukunft wie die Nettolöhne steigen. Rentenbetrug Nummer 3: Die Rente wird nach zwei Jahren Anpassung an die Inflationsrate (was dann auch nicht stattfand) wieder zur Nettolohnanpassung zurückkehren. Rentenbetrug Nummer 4: Im neuen Rentenreformkonzept werden die Lasten zwischen den Generationen gerecht verteilt. Hinzu kommt, dass seit Anfang des Jahres die Bundesregierung ihr Rentenkonzept fünfmal verändert hat. Rentenchaos bei Bundesarbeitsminister Riester und Kanzler Schröder – das untergräbt in sträflicher Weise das Vertrauen in die Solidität der Sicherung im Alter. Im Bundesarbeitsministerium wurden zuständige Beamte und der Staatssekretär gefeuert – besser wäre der Minister selbst gegangen, der schließlich dafür gesorgt hat, dass die Rentenreform zum Lotteriespiel geworden ist.

Inzwischen wurde Forderungen der CDU/CSU nachgegeben, so etwa im Aufbau einer privaten Zusatzvorsorge, in der Förderung der Familien beim Aufbau der kapitalgedeckten Rentenvorsorge sowie bei der Rückkehr zur Rentenanpassung an die Nettolöhne im nächsten Jahr. Weitere notwendige christdemokratische Forderungen wie die nach der nachgelagerten Besteuerung der Renten oder der Beibehaltung der subsidiären Hilfe im Alter durch Familienangehörige wurden bisher abgelehnt. Anders als die SPD in der letzten Legislaturperiode war die CDU/CSU immer bereit, im Rahmen eines ordentlichen Gesetzgebungsverfahrens an einer sachgerechten und zukunftsorientierten Alterssicherung mitzuwirken. Aber auf einen echten Gesetzentwurf warten wir

immer noch. Auch der neue Diskussionsentwurf aus dem Hause Riester weist eine Reihe schwer wiegender Mängel auf. Nach wie vor werden die jüngeren Generationen überproportional belastet – Generationengerechtigkeit wird nicht erreicht. Außerdem wurden Rentner verschiedener Klassen geschaffen. Neue Ungerechtigkeiten entstehen für Familien und Frauen. Schief lagen im Bereich der betrieblichen Altersvorsorge werden aufgebaut. Der Ausschluss von Anlageformen bei der privaten Vorsorge wie Wohneigentumsbildung – immerhin von achtzig Prozent der Bevölkerung als sinnvolle Altersvorsorge angesehen – und langfristige Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand führen zu persönlichen Benachteiligungen und zu eklatanten Wettbewerbsverzerrungen. Insgesamt wird die soziale Balance des gesamten Rentensystems weiter geschwächt.

Zudem ist das von der Bundesregierung ausgewiesene Rentenniveau von 64 Prozent im Jahr 2030 reine Makulatur. Nach den Berechnungen der Rentenversicherungsträger wird tatsächlich nur ein Rentenniveau von 61 Prozent erreicht, und auch dies nur von Arbeitnehmern mit 45 Versicherungsjahren. Das aber dürfte in den kommenden Jahren bei einem immer größer werdenden Teil nicht zu realisieren sein, so etwa bei vielen Frauen und bei Erwerbstätigen, deren Arbeits- und Lebensumstände auf Grund zunehmenden Wandels in der Arbeitswelt durch „Patchworkbiografien“ gekennzeichnet sein werden.

Die zurückgehaltenen Pläne des Bundesfinanzministeriums zur Besteuerung der Renten erhärten zudem die Vermutung, dass über die Rentenbesteuerung das Rentenniveau sogar noch unter das bisher angestrebte Niveau gedrückt werden soll. Der Diskussionsentwurf ist in dieser Form nicht

zustimmungsfähig. Das Trauerspiel rot-grüner Regierungspolitik im Bereich der Rente setzt sich fort. Auf diese Weise wird notwendiges Vertrauen in die soziale Sicherung im Alter aufs Spiel gesetzt.

Wirtschafts- und Steuerpolitik

Die Bundesregierung ist nicht zuletzt von den Medien für die Durchsetzung ihrer Steuerreform gefeiert worden, allerdings ganz zu Unrecht. Denn eine dringend benötigte vernünftige Steuerreform mit verminderten Steuersätzen hätte dieses Land schon seit einiger Zeit haben können, wenn Rot-Grün nicht die Petersberger Steuerbeschlüsse in rigider Weise abgelehnt hätte. Mit der jahrelang betriebenen Verweigerungs- und Blockadepolitik, der Haltung von Obstruktion statt Opposition im Bundesrat, hat die jetzige Regierung unserem Land geschadet. Die nun beschlossene Steuerreform geht zwar in die richtige Richtung, kommt aber insgesamt zu spät. Zudem enthält sie noch eine Menge handwerklicher Fehler, Ungeheimheiten und Ungerechtigkeiten: Sie behandelt nicht alle Einkommensarten gleich, Personenunternehmen werden gegenüber Kapitalgesellschaften schlechter gestellt, es wird zwischen „schlechten“ Unternehmen und „guten“ Unternehmensgewinnen unterschieden. Eigeninitiative, Risikobereitschaft und modernes Unternehmertum werden durch diese Steuerreform nicht nachhaltig belohnt. Zudem wird in deutlicher Weise das Rückgrat und die Konjunkturlokomotive unserer Volkswirtschaft, der Mittelstand, benachteiligt. Denn von dieser Steuerreform profitieren in erster Linie die großen Aktiengesellschaften. Trotz Steuerreform haben wir im Ergebnis durch die Besteuerung der Unternehmen und der Bürger in anderen Bereichen insgesamt nicht eine

abnehmende, sondern eine zunehmende Steuerbelastung. Dass durch die tatsächlich steigende steuerliche Belastung mehr Arbeitsplätze entstehen, glaubt vielleicht die rot-grüne Bundesregierung, aber sonst kein Einziger.

Wir müssen Abstand nehmen von einer Politik, die den Bürgern bereits jetzt aus der Tasche zieht, was erst später hineinkommt. Deshalb brauchen wir eine spürbare Senkung der großen Steuerbelastung für Unternehmen und Bürger. Die Union hat die Absenkung des Spitzensteuersatzes auf 42 Prozent wenigstens ab dem Jahr 2005 erreicht. Besser wären eine frühzeitigere Einführung und eine insgesamt stärkere Entlastung gewesen. Denn dieser Satz greift bereits bei einem Bruttoeinkommen von 102 000 D-Mark, ein Bereich, den schon gut verdienende Facharbeiter erreichen. Dass diese bereits den Spitzensteuersatz zahlen, weil die Steuerentlastung durch Inflation und Steuerprogression mehr als aufgezehrt wird, dieser einmalige traurige Rekord in der Geschichte der Bundesrepublik ist einer sozialdemokratischen und grünen Politik zuzuschreiben.

Hinzu kommt, dass das neue Scheinselbstständigengesetz die klein- und mittelständischen Unternehmen mit neuen bürokratischen Vorschriften besonders belastet. Und die Neuregelung der Jobs auf 630-DM-Basis hat vielen im Klein- und Mittelstand einen wichtigen Teil der notwendigen Flexibilität beim Personaleinsatz genommen. Anpassungsfähigkeit an die Anforderungen eines europäischen und globalisierten Wettbewerbes wird man so gewiss nicht gewinnen.

Schuldig geblieben ist die Regierung auch eine aktive Politik, die gemäß der vollmundigen Wahlkampfankündigung auf die Senkung der Arbeitslosigkeit durch die Schaf-

Deutschland hätte eine bessere Regierung verdient!

fung von mehr Arbeitsplätzen gerichtet ist. Zwar haben wir inzwischen eine höhere Zahl von Erwerbstätigen zu verzeichnen, aber nicht von mehr Arbeitsplätzen. Denn die höhere Zahl der Erwerbstätigen kommt vor allem dadurch zu Stande, dass seit 1999 die 630-Mark-Jobs sozialversicherungs- und meldepflichtig sind. Die Zahl der Erwerbstätigen ist so um 1,8 Millionen Personen statistisch gewachsen, ohne dass mehr Arbeitsplätze entstanden sind.

Außerdem: Durch das altersbedingte Ausscheiden von Erwerbstätigen aus dem Arbeitsmarkt in die Rente und den geringeren Eintritt von Erwerbstätigen in das Berufsleben sinken die Arbeitslosenzahlen im Jahresdurchschnitt um 230 000 bis 240 000 quasi automatisch. Der Bundeskanzler hat sich nicht als der Organisator eines vernünftigen ordnungspolitischen Rahmens für mehr Beschäftigung erwiesen, sondern vor allem als Profiteur einer schrumpfenden deutschen Erwerbsbevölkerung und einer statistisch veränderten Datenerhebung. Hätte sich dagegen der Arbeitsmarkt in Deutschland 1999 genauso wie in den anderen Ländern der Europäischen Union entwickelt, dann hätte es in unserem Land im selben Jahr – bei vergleichbaren Wachstumsraten – rund 500 000 Arbeitsplätze mehr geben müssen. Medial dargestellte „Erfolge“ und die tatsächliche Wirklichkeit klaffen weit auseinander.

Europapolitik

Für die CDU war es immer selbstverständlich, dass Freiheit und Frieden gerade durch das Zusammenwachsen Europas gesichert werden müssen. Die europäische Einigung ist nach der Herstellung der deutschen Einheit die zweite wichtige große Aufgabe der zweiten Hälfte des zwanzigsten Jahrhun-

derts gewesen. Von Adenauer bis Kohl haben Christdemokraten dafür gesorgt, dass Deutschland der Motoreuropäischen Einigung ist. Diese treibende und impulsgebende Funktion in der Europapolitik ist unter Rot-Grün verloren gegangen. So wurde entgegen den Ankündigungen der Regierung die deutsche Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 1999 nicht genutzt, um die Vertiefung und Erweiterung der Europäischen Union voranzubringen. Es war ein schwerer politischer Fehler der Bundesregierung, dass sie beim Gipfel in Helsinki kritiklos zugestimmt hat, die Zahl der Beitragskandidaten auf elf anzuheben, ohne gleichzeitig dafür zu sorgen, dass die notwendigen politischen, finanziellen und institutionellen Voraussetzungen dafür in der Europäischen Union geschaffen werden. Das gilt auch für die Klärung der Frage, welche Kompetenzen künftig gemäß dem Kriterium der Subsidiarität auf welcher Ebene wirksam werden sollen. Was soll die Europäische Union, was der Nationalstaat entscheiden, wer ist auf welcher Ebene verantwortlich? Wenn man nicht in Europa auf eine tiefe politische Sinn-, Identitäts- und Akzeptanzkrise zusteuern will, muss man die Erörterung darüber im Rahmen eines Verfassungsvertrages so schnell wie möglich beginnen.

Mangelhaft war auch die Pflege der Beziehungen zu unseren europäischen Nachbarn, vor allem zu Polen und zu Frankreich. Doch ohne ein intensives Bemühen um den Erhalt der Freundschaft und ohne vielfältige Absprachen zur Festigung der guten Zusammenarbeit wird man die Europäische Union gerade in einer Zeit, wo drängende Reformen auf der Tagesordnung stehen, nicht voranbringen können.

Erst recht darf man europäische Partner nicht verprellen. Es war unverantwortlich,

dass die Regierung Schröder an vorderster Front der Kampagne von EU-Mitgliedstaaten gegen Österreich stand. Man darf die demokratische Entscheidung unseres Nachbarlandes nicht mit solchen Wertungen und Sanktionen belegen. Auch hätte man die europäischen Institutionen auf der Basis der Rechtsgrundlagen und geordneter Verfahren damit befassen müssen. Der Bericht der „drei Weisen“ ist deshalb zu Recht eine schallende Ohrfeige für die Bundesregierung. Die Aufhebung der Sanktionsmaßnahmen markiert das unrühmliche Ende einer von Anfang an falschen Vorgehensweise. Er hat nicht nur unseren Beziehungen zum Nachbarland Österreich schweren Schaden zugefügt, sondern auch Zusammenwirken und Zusammenhalt der Europäischen Union gefährdet. Die Ablehnung der Dänen hinsichtlich der Einführung des Euro als gemeinsamer Währung hatte nicht zuletzt seinen Grund darin, dass man nach dem Präzedenzfall Österreich Ängste hatte hinsichtlich eines unsachgemäßen und nicht angemessenen Umgangs mit den „kleinen“ Ländern der Europäischen Union.

Gravierende Verhandlungsfehler gab es auch beim EU-Gipfel zur Agenda 2000. Fehlentwicklungen in der Agrar- und Strukturpolitik wurden nicht gestoppt, sondern zementiert. Im Agrarsektor ist die hinsichtlich der EU-Osterweiterung dringend benötigte Reform nicht angepackt worden. Dabei hätte es mit dem Einstieg in die Kofinanzierung der Agrarbeihilfen aus den nationalen Haushalten, die Bundestag und Bundesrat gefordert hatten, eine gute Möglichkeit gegeben, die EU-Agrarausgaben zu senken, ohne die Existenz von Landwirten und kleinbäuerlichen Betrieben aufs Spiel zu setzen.

Der unzureichende Einsatz der Bundesregierung für ein zukunftsfähiges Europa zeigte sich ebenfalls darin, dass sie sich auf die so genannten *left overs* von Amsterdam – Größe der EU-Kommission, Ausweitung von Mehrheitsentscheidungen und Stimmenwägung im Rat – beschränkt hat. Und selbst da gab es keine weiter gehenden Impulse. Nach wie vor ist die Europapolitik von Rot-Grün konzeptionslos und intransparent. Und wie bei der deutschen Wiedervereinigung und der Bewältigung der Erblasten der SED-Diktatur ist für den Bundeskanzler auch die Gestaltung des zusammenwachsenden Europas keine wirkliche Herzenssache.

Der andauernde Zickzackkurs der Regierung Schröder in den einzelnen Politikfeldern zeigt deutlich: Es geht nicht mehr um vernünftige Reform, um die Modernisierung unseres Landes, um die Zukunftsfähigkeit Deutschlands und der Europäischen Union, sondern um pure Machterhaltung für den professionellen Selbstdarstellungskanzler Schröder. Es ist eine Politik à la Potemkin: Die medial gewienerte Fassade sieht glänzend aus, aber es existiert weder ein sicheres Fundament noch eine tragfähige Statik. Werte werden zur Beliebigkeit, Erneuerung wird zur Mangelware. Eine Politik der großen Gesten ersetzt den Mangel an politisch substanziellen Inhalten. Mit einer solchen politischen Haltung werden wir den Anforderungen der Zukunft nicht gerecht. Deutschland hätte eine andere Regierung und eine bürgerfreundliche Politik verdient. Das Fazit nach zwei Jahren Rot-Grün unter Bundeskanzler Schröder lautet: Wer vieles anders, aber nichts besser macht, der sollte besser etwas anderes machen.